Erklärung über die Aufstellung von Bewerberinnen und Bewerbern

Ich erkläre, dass die nach der Satzung zuständigen Mitgliederversammlung – Vertreterversammlung¹⁾

der

(Partei/Wählergruppe)

am

(Datum)

in

(Ort)

in geheimer schriftlicher Abstimmung und unter Beachtung der sonstigen Anforderungen des § 20 Abs. 3 des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes²⁾ beschlossen hat, die nachstehend aufgeführten Personen als Bewerberinnen und Bewerber **für die Gemeindewahl in der Gemeinde**

am **06. Mai 2018** zu benennen.

Jede Versammlungsteilnehmerin und jeder Versammlungsteilnehmer hatte Gelegenheit, Vorschläge zu unterbreiten. Der Beschluss umfasst auch die Zuordnung der Bewerberinnen und Bewerber zu den Wahlkreisen sowie die Reihenfolge der Bewerberinnen und Bewerber auf dem Listenvorschlag.

Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit

- der Einberufung der Versammlung,
- der Wahl der Bewerberinnen und Bewerber in dieser Versammlung und
- der Wahl der Vertreterinnen und Vertreter für diese Versammlung
(nur im Fall einer Vertreterversammlung nach § 20 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 GKWG)

wurden in der Versammlung nicht erhoben; erhobene Bedenken wurden ausgeräumt.

Unmittelbare Wahlvorschläge

Name	Vorname	Nr. des Wahlkreises

Listenvorschlag

Lfd. Nr.	Name	Vorname
1		
2		
3		
4		

5		
6		
7		
8		
9		
10		
11		
12		
13		
14		
15		
16		
17		
18		
19		
20		
21		
22		

(Ort, Datum)

(Leiterin/Leiter der Versammlung)

- 1) Nichtzutreffendes streichen
- 2) § 20 Abs. 3 des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes hat folgenden Wortlaut:
 „(3) Als Bewerberin oder Bewerber einer politischen Partei oder Wählergruppe kann nur benannt werden, wer
1. in einer nach ihrer Satzung zuständigen Versammlung der im Zeitpunkt ihres Zusammentritts wahlberechtigten Mitglieder dieser Partei oder Wählergruppe (Mitgliederversammlung) oder
 2. in einer nach ihrer Satzung zuständigen Versammlung der von Mitgliederversammlungen nach Nummer 1 aus deren Mitte gewählten Vertreterinnen und Vertreter (Vertreterversammlung)
- hierzu gewählt worden ist. Die Bewerberinnen und Bewerber sowie die Vertreterinnen und Vertreter für Vertreterversammlungen werden von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Versammlung in geheimer schriftlicher Abstimmung gewählt. Vorschlagsberechtigt ist jede Teilnehmerin und jeder Teilnehmer der Versammlung.“